



Presseinformation

Wiesbaden, 24. März 2015
Nr. 097

Kabinett ermöglicht Kommunen mehr Tierschutz bei Katzen

Ministerin Hinz: „Städte und Gemeinden können jetzt gezielt Maßnahmen gegen lokales Katzenelend ergreifen“

Das Kabinett hat am Montag beschlossen, dass Städte und Gemeinden in Hessen die Rechtsgrundlage im Bundestierschutzgesetz nutzen können, um Maßnahmen zum Schutz freilebender Katzen zu ergreifen. „Damit wird den Gemeinden eine große Chance geboten, viele Katzen vor Verwahrlosung, Hunger und Krankheiten zu schützen“, sagte die für Tierschutz zuständige Ministerin Priska Hinz in Wiesbaden, „In Orten wo Katzen verpflichtend kastriert werden, gibt es sehr schnell einen spürbaren Rückgang an streunenden Katzen. Damit werden die Tierheime aber auch die Kassen der Kommunen spürbar entlastet“. Als eines der ersten Bundesländer gibt Hessen den Städten und Gemeinden die vom Bund neu geschaffene rechtliche Möglichkeit weiter, um das Leid vieler Katzen einzugrenzen.

Mit der Verabschiedung der Verordnung durch das Kabinett, können die hessischen Gemeinden nun frei entscheiden ob sie diese umsetzen wollen. Für Halter von freilaufenden Katzen bedeutet dies, dass sie ihr Tier kastrieren lassen müssen. Die Kosten hierfür sind vom Halter des Tieres zu tragen. Für das Problem von wild oder herrenlos lebenden Katzen muss die jeweilige Gemeinde ein individuelles Konzept zur

Umsetzung und zur Kostenübernahme erarbeiten. In der Regel basiert dies auf einer Zusammenarbeit zwischen Behörden, Tierschutzorganisationen und Tierärzten.

„Für alle streunenden oder frei lebenden Katzen gilt, dass sie einmal selbst eine Hauskatze waren oder von solchen abstammen. Deshalb ist es richtig, die Katzenhalter in die Pflicht zu nehmen“, so Hinz weiter. „In den Städten und Gemeinden hat man viel mehr Informationen über die Gebiete, in denen verwilderte Katzen leben. So kann man alle Maßnahmen, die das Tierschutzgesetz jetzt fordert und ermöglicht, ganz zielgerichtet einsetzen.“

Die Ministerin appellierte deshalb erneut eindringlich an kommunale Verwaltungen, ortsansässige Tierschutzorganisationen und praktizierenden Tierärzte in den Städten und Gemeinden, möglichst rasch gemeinsam Hilfspakete zum Schutz der verwilderten Katzen zu schnüren.